

Politik

UNABHÄNGIGKEIT – Der Südsudan wird selbstständig und am Sonnabend als 194. Mitglied in die UN aufgenommen. Die Regierung des neuen Staates steht vor großen Herausforderungen – die Erwartungen der Bevölkerung sind groß.

PRÄSIDENT

Der Rebelle als Staatsoberhaupt

VON DAGMAR WITTEK

JOHANNESBURG. Ein neuer Staat braucht einen neuen Präsidenten. Im Südsudan heißt er Salva Kiir Mayardit. Das Staatsoberhaupt wird auffallen bei künftigen Empfängen und Gruppenfotos. Der 60-Jährige Salva Kiir ist ein Hüne, der stets in makellosem Anzug und mit Cowboy-Hut auftritt. Staatsmännisch gefasst, beinahe steif bewegt er sich in der Öffentlichkeit. Sein Vorzimmer in seiner Residenz in Juba, der Hauptstadt des Südsudan, wird dominiert von einer in Gold gerahmten Pistole und einer Uhr, die drei Stunden nachgeht. Sie scheinen zu signalisieren: Hier residiert ein Rebelle und ein Mann der Ruhe.Diese Ruhe benötigt er auch, scharfe Worte wie sie sein Gegenpart im Nordsudan, Omar al Baschir, häufig fallen lässt, könnten den labilen Frieden im Sudan gefährden.

Kiir ist ein besonnener Mann, ein Strategie und Denker. Seine Umgebung nennt ihn nur ehrfurchtsvoll Commander. Den früheren Rebelle aber scheint er, nachdem er von seinem 17. Lebensjahr an jahrzehntelang für die südsudanesischen Befreiungsarmee (SPLA) gekämpft hat, abgelegt zu haben.

Obt ist es schwer, die Dogmatik des Rebellen hinter sich zu lassen. Der Christ entstammt dem Stamm



AFP/ASHRAF SHAZLY

Salva Kiir Mayardit, Präsident

dem derzeit noch jegliche Infrastruktur fehlt, ein afrikanisches Erfolgsmodell für Demokratie und wirtschaftlichen Aufschwung zu machen, in weiter Ferne liegt.

Aber nach 22 Jahren Bürgerkrieg weiß Kiir auch, was Durchhaltevermögen ist. Schritt eins für die Traumerfüllung war das Friedensabkommen von 2005, Schritt zwei das Unabhängigkeitsreferendum im Januar 2011, und nun kommt als letzter Schritt der Staatsaufbau. Den kann er nicht ohne Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft bewältigen. Experten rechnen damit, dass das neue Land trotz seiner Ölvorkommen noch mindestens zwei Jahrzehnte auf internationale Hilfe angewiesen sein wird.

Das Friedensversprechen

Da ziemt es sich, sich mit den Geldgebern gut zu stellen. Bislang fiel Kiir diese Rolle leicht, da der Westen nur zu willig ist mit ihm zu kooperieren. Sein Amtskollege im Norden, der sudanesischer Staatschef al Baschir, ist vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur mit einem Haftbefehl belegt. Zudem ist der Norden islamisch-arabisch geprägt und galt lange Jahre als al Qaida freundlich, während die Bewohner des Südsudan weitgehend Christen oder Anhänger afrikanischer Religionen sind. Den größten Geldgebern des Südsudans, den Vereinigten Staaten von Amerika, dürfte sympathisch sein, dass Kiir als gewiefter Militär gilt.

Kiir ist gläubiger Christ und predigt sonntags im Dom von Juba. Bei den vielen Helfern aus Europa und Amerika wirkt dies vertrauensfördernd. Seine Kritiker behaupten allerdings, dass Kiir nach wie vor wie ein Soldat denke und er gerne seine Gegner einschüchtere, was wiederum nicht für ein gutes Demokratieverständnis spreche. Bewiesen hat Afrikas 54.Staatspräsident jedoch, dass er sich nicht leicht provozieren lässt. Auf die zahlreichen Militäroffensiven des Nordsudans im Grenzgebiet hat er verbal immer deeskalierend reagiert. Seine Devise, ohne die er wohl auch jegliche für den neuen Staat überlebenswichtige Unterstützung verspielen würde: „Es wird keinen Krieg mehr geben zwischen Nord- und Südsudan“.



REUTERS

Die Hände zum Himmel: Der Südsudan feiert das ganze Wochenende über die neue Unabhängigkeit.

Die neue Republik

VON DAGMAR WITTEK

JOHANNESBURG. Am Freitag kamen schon einmal die ersten Gratulationen. „Das deutsche Volk heißt die Republik Südsudan als neues Mitglied der Gemeinschaft der freien und unabhängigen Staaten der Welt willkommen“, ließ Bundespräsident Christian Wulff erklären und erkannte die Souveränität des Südsudan an. Das neue Land ist der 54. Staat in Afrika und das 194. Mitglied der Vereinten Nationen.

Noch weiß niemand, wie das neugeborene Kind ernährt und zu Selbstständigkeit erzogen werden soll, aber fest steht, dass Afrikas jüngster Staat, der Südsudan, am Sonnabend mit großen Feierlichkeiten in die Unabhängigkeit startet. Die Eigenständigkeit ist es, wo für Millionen Südsudanesen seit 1989 gekämpft und gelitten haben.

22 Jahre bekriegt sich der islamisch-arabisch geprägte Nordsudan und der vorwiegend von Christen und Anhängern afrikanischer Religionen bewohnte Süden aufs Bitterste. Rund 1,5 Millionen Menschen starben, vier Millionen wurden zu Flüchtlingen und die ganze Region mit den angrenzenden Ländern Kongo, Kenia und Uganda wurde in Mitleidenschaft gezogen.

Die Staatswerdung der neuen Republik ist schwierig. Die Infrastruktur ist zerstört, das Land ver-

fügt zwar über Ölvorkommen, aber die entscheidenden Pipelines für den Export führen durch den Sudan, von dem man sich gerade lossagt.

Zwar gibt es seit dem Friedensabkommen vor sechs Jahren internationale Unterstützung. Aber nicht immer führt sie zum Ziel. „50 Prozent der südsudanesischen Regierungskräfte sind damit beschäftigt, die Hilfe in Empfang zu nehmen, statt sie tatsächlich zu nutzen“, kritisiert der südafrikanische Sudanexperte Richard Cornwell.

Erste Erfolge sind aber zu verzeichnen: Die Hauptverkehrsader, die den Süden mit den Handelspartnern Kenia und Kongo verbindet, ist befahrbar sowie weitgehend frei von Minen, und dem Land gelang es vor gut einem Jahr, recht friedliche Wahlen durchzuführen. In Folge stimmten 3,9 Millionen Südsudanesen im Januar in einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit.

„Das gegenseitige Massakrieren muss aufhören“, sagt der stellvertretende oberste Polizeikommissar der Unpol, Klaus-Dieter Tietz. Tribalismus, verbunden mit ungeklärten Besitzverhältnissen von Land und Vieh, sorgt für Konflikte. Zudem bombardiert der Nordsudan seit Wochen eine Gebirgsregion im zum Norden gehörenden Süd-Kordofan, um dort ansässige Nuba, die sich dem Süden zugehörig fühlen, einzuschüchtern. Und die ölfreiche Re-



BLZ/ANJA KOHL

Fakten

Der Südsudan wird am Sonnabend offiziell von den UN anerkannt. Den Vorsitz im Sicherheitsrat führt derzeit Deutschland. Als letztes Land wurde 2006 Bosnien von der UN anerkannt.

Der neue Staat ist mit 620 000 Quadratkilometern fast doppelt so groß wie Deutschland. Die Zahl der Einwohner liegt bei 8,26 Millionen. Die größte Stammesgruppe sind die Dinka. Etwa vier Millionen Südsudanesen leben im Ausland.

Hauptstadt des neuen Landes ist Juba. Offizieller Name des Staates ist Republik des Südsudan.

INTERVIEW

„Die Freude überlagert die inneren Konflikte“

Der Politologe Ekkehard Griep ist Vize-Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen: Ein Interview über die Lage im Südsudan, die Freude der Bevölkerung und den schwierigen Prozess der Staatswerdung.

Herr Griep, Sie waren kürzlich im Sudan, um sich kurz vor der Teilung des Staates ein Bild von der Lage zu machen. Wie ist die Stimmung in der südsudanesischen Bevölkerung?

Im Südens Sudans entspricht die Stimmung dem 99-Prozent-Abstimmungsergebnis des Referendums vom Januar: Es ist überschwängliche Freude über die Unabhängigkeit zu spüren, die dem Südsudan jetzt bevorsteht. In der Bevölkerung überlagert eine hohe Erwartungshaltung derzeit noch die inneren Konflikte, die sich ansatzweise bereits in politischen Diskussionen zeigen, und in der nächsten Zeit wohl deutlicher aufbrechen werden.

Wird sich die Abspaltung denn friedlich vollziehen oder besteht die Gefahr neuer Eskalationen?

Ich habe nach Gesprächen vor Ort den Eindruck, dass sowohl im Norden, in Khartoum, als auch im Süden, in Juba, auf Seiten der politischen Führungen die strategische

Grundentscheidung getroffen wurde, den Prozess friedlich weiterlaufen zu lassen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu denen es zuletzt gekommen ist, und diejenigen, die möglicherweise noch folgen, werden letztlich lokal begrenzt bleiben und den Prozess der friedlichen Abspaltung insgesamt nicht aus der Balance bringen.

Welche Rolle spielen die Konflikte zwischen den Stämmen im Südsudan?

Im Südsudan gibt es mehr als hundert offiziell anerkannte Stämme, von denen jeder seine eigenen Vorstellung hat und auch in irgendeiner Form in der Führung des Landes repräsentiert sein will. Im besten Fall kann man diese Auseinandersetzungen verfridlichen und die widerstreitenden Interessen auf die Ebene von politischen Debatten heben, weg von militärischen Auseinandersetzungen. Man muss die verantwortlichen Politiker im Südsudan überzeugen, dass das der richtige Weg wäre.

Das Ende von Konflikten ist jedoch keine Regierungsentscheidung. Wird

sich die Lage der Bevölkerung, was Gewalt betrifft, verbessern?

Wichtig sind jetzt vor allem realistische Erwartungen. Im Moment sind die Erwartungen in der Bevölkerung des Südsudans sehr hochgesteckt, die Menschen hoffen auf schnelle grundlegende Veränderungen. Es wäre die Aufgabe einer verantwortlichen Regierung, diese Erwartungen auf ein realistisches Niveau zu bringen, damit die Enttäuschung anschließend nicht zu groß ist. Man darf nicht erwarten, dass mit dem 9. Juli ein handlungsfähiger Staat entsteht.

Wie verläuft denn der Aufbau neuer Institutionen?

Sehr schleppend. Man muss im Südsudan bei Null beginnen, dort ist praktisch nichts vorhanden, was einen funktionierenden Staat ausmacht. Der Süden leidet darunter, dass er jahrzehntelang vom Norden vernachlässigt wurde. Es gibt keine Infrastruktur, keine Verwaltung, kein Steuersystem und keinen funktionierenden Sicherheitssektor. Der Süden hat nie von den wirtschaftlichen Erfolgen des Landes profitiert, weil die Öl-Einnahmen im Wesent-

gion Abyei im Südsudan ist seit Mai von Truppen aus dem Norden besetzt. Zwar haben die beiden Staaten einen Rückzug der Militärs vereinbart, und kommende Woche sollen 4200 UN Soldaten anrücken, um den anfälligen Frieden zu sichern, aber die Lage bleibt gespannt.

Zudem ist offen, wie die Gewinne aus den vor allem im Süden liegenden Ölquellen geteilt werden. Derzeit ist eine gleichmäßige Aufteilung von 50 Prozent vereinbart, die der Süden, dessen Etat zu 98 Prozent vom Öl abhängig sein wird, zu seinen Gunsten verändern möchte. Die Ölpipeline verläuft aber durch den Nordsudan, und dessen Präsident al Baschir hat angedroht, die Pipeline zu schließen, sollte der Norden nicht ausreichend am Ölschäft beteiligt werden.

„Der Kollaps des Südsudan ist vorprogrammiert“, unkt der Sudanexperte Richard Cornwell. Abzuwenden sei er nur, wenn sich die internationale Gemeinschaft, die UN und die Nachbarländer verpflichten, Afrikas jüngste Nation die nächsten 20 Jahre zu unterstützen. Der Sudan trägt eine Schuldenlast von 38 Milliarden Dollar. Diese könnte als Druckmittel genutzt werden, so Cornwell: „Einen Schuldenerlass darf es nur geben, wenn sich Nord- und Südsudan friedlich einigen und verbindliche Vereinbarungen treffen.“

lichen im Norden blieben. Und die neue Regierung hat praktisch keinerlei Erfahrungen.

Wie lange wird der Aufbau dauern? Welche Hilfe wird benötigt?

Das wird ein längerer Prozess, der nicht ohne Hilfe von außen funktionieren wird. Wenn man dem Süden das Schicksal eines Failed State ersparen will, muss man davon ausgehen, dass internationale Unterstützung einige Jahre, vielleicht auch länger als ein Jahrzehnt, notwendig sein wird.

Wird sich dann zukünftig auch die humanitäre Lage verbessern?

Davon gehe ich aus. Es wird einen Entwicklungsprozess geben, der alle Lebensbereiche und alle politischen Handlungsfelder umfasst wird. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gibt mehrdimensionale Ziele vor: von Menschenrechten über Sicherheit bis zu humanitären Fragen. Das ist alles in allem ein sehr komplexes Unterfangen. Es kommt dabei darauf an, dass diese Hilfe koordiniert wird, und dass nicht jeder Akteur seine Sache alleine macht.

Das Gespräch führte Friederike Schröter.

AFRIKA - REISE

Merkel geht auf Werbe-Safari

VON STEFFEN HEBESTREIT

BERLIN. Eine Verkaufstour wird Angela Merkel (CDU) nächste Woche in vier Tagen gleich durch drei Länder des mittleren und südlichen Afrikas führen. Kenia, Angola und Nigeria lauten die Stationen der zweiten großen Reise ins südliche Afrika, die die Kanzlerin seit ihrem Amtsantritt 2005 unternimmt. Merkel trage damit der Tatsache Rechnung, so verlautete am Freitag aus ihrem Umfeld, dass diese Staaten nicht mehr nur Entwicklungspartner sind, sondern längst auch wichtige Wirtschaftspartner.

Eine größere Delegation von Unternehmen und Wirtschaftsführern wird sie deshalb in die drei Staaten begleiten, denen bei allen Unterschieden gemein ist, dass sie stark von ihren Rohöl- und Erdgas-Exporten abhängen. Die Bundeskanzlerin sieht nun gute Chancen, dort neue Absatzmärkte für moderne Technologie auf dem Sektor der erneuerbaren Energien zu erschließen, in denen deutsche Firmen weltweit führend seien.

Erste Station der Reise soll am Montag Kenia sein, dem aus Sicht der Bundesregierung eine Schlüsselrolle in Ostafrika zukommt. Die Außenpolitiker der Regierung loben beispielsweise Nairobis Engagement im Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika, seine Vermittlerrolle in Somalia sowie bei den Unruhen in Elfenbeinküste. „Kenia spielt außenpolitisch eine besondere Rolle“, heißt es in Berlin.

Heikle Gespräche

Eine der heikleren Frage der Gespräche mit Staatspräsident Mwai Kibaki und Ministerpräsident Raila Odinga wird deren Haltung zum Internationalen Strafgerichtshof sein. Der Gerichtshof in Den Haag wird von Kenia nicht ausreichend anerkannt, findet nicht nur Deutschland. Auch jüngste Äußerungen des Generalsekretärs der Afrikanischen Union (AU), Jean Ping, der Kritik am Haftbefehl gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi übte, dürften in Nairobi ein Thema sein. Überdies will Merkel die Korruption in Kenia anprangern, das direkt nach seiner Unabhängigkeit



DPA/WOLFGANG KUMM

„Afrika ist ein Wirtschaftspartner“, findet Angela Merkel (CDU).

1963 von Deutschland als erstem Land anerkannt wurde.

Die Kanzlerin, die von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) begleitet wird, will dem Thema Ernährungssicherheit größere Bedeutung verleihen, ein Forschungsprojekt soll während der Reise vereinbart werden. Trotz der recht positiven Wirtschaftsentwicklung herrscht in einigen Gebieten der drei Staaten nach wie vor Hunger.

Angola erlebt den ersten Besuch einer deutschen Kanzlerin seit seiner Unabhängigkeit. Die Beziehungen gelten als traditionell gut, noch besser scheint sich die Wirtschaft zu entwickeln. Berlin hofft, dass Luanda „mittelfristig“ keine Entwicklungshilfe mehr beanspruchen muss. Nigeria als dritte Station ist der „Stabilitätsanker“ in Westafrika, trotz interner Spannungen zwischen dem reichen, christlich geprägten Süden und dem armen, muslimischen Norden. Merkel möchte in Abuja vor allem das Abkommen über eine Energiepartnerschaft beleben und auch dort für deutsche Technologie werben.

Die hiesige Innenpolitik und den Ärger über Waffenexporte will die Kanzlerin indes bis zu ihrer Rückkehr am Donnerstag meiden.